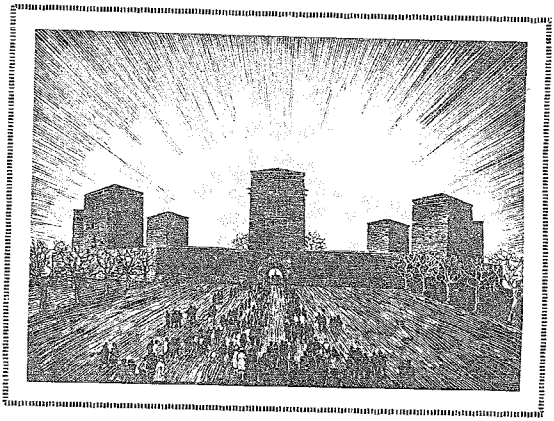
Ostdeutsche Bau-Zeitung

25. Jahrgang | Breslau, den 28. September 1927 | Nummer 77

Das Tannenberg-Nationaldenkmal.

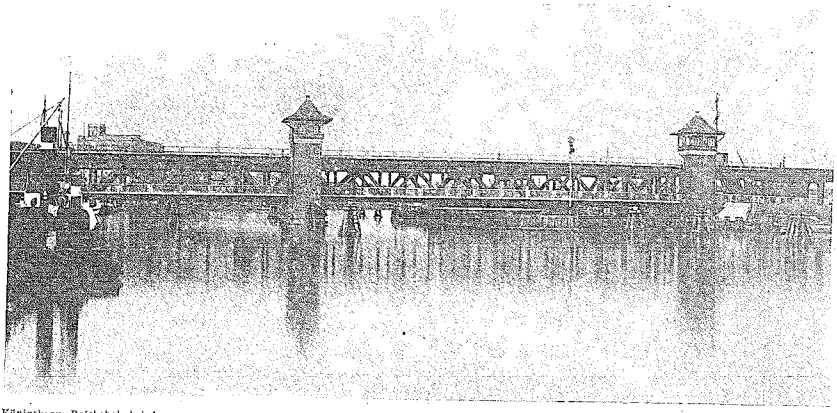
Architekten Walter und Johannes Krüger, Charlottenburg.



Sonntag, den 18. ds. Mts. fand die feierliche Weihe des Tannenberg-Nationaldenkmals durch den Sieger von Tannenberg, den am 2. Oktober 80 Jahre alten Feldmarschall, jetzigen

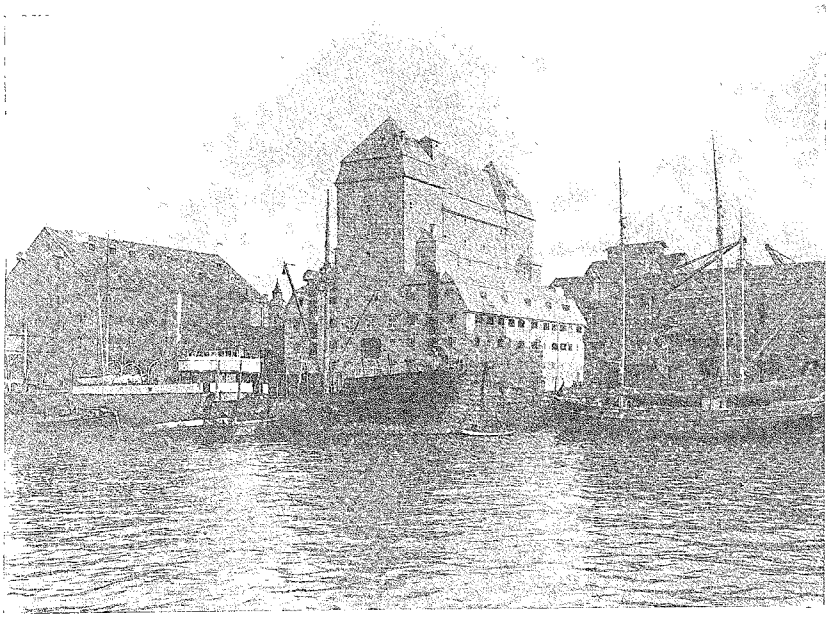
Reichspräsidenten von Hindenburg

statt. Die an der Straße von Hohenstein nach Osterode auf dem historischen Schlachtfelde errichtete Denkmalsanlage ist bis auf den inneren Ausbau der 8 Türme fertiggestellt. Türme und Ringmauern haben Verblendung der Ilsegrube erhalten. Die Türme sind einzeln: der deutschen Jugend als Herberge, unserem Hindenburg, den beteiligten Feldherren, dem Ostpreußen, den alten Regimentsfahnen der ostpreußischen Regimenter und dem deutschen Feldgrauen gewidmet. Die Bestimmung der beiden letzten Türme ist noch nicht getroffen. Möge das gewaltige Ehrenmal dem Befreier des deutschen Ostens und seinen Helden des Vaterlandes dauernde Dankbarkeit künden und die deutsche Jugend immerdar an die leuchtenden Vorbilder zur Nacheiferung mahnen.



Königsberg, Reichsbahnbrücke

Phot. Max Gabriel, Königsberg i. Pr.



Arch. B. D. A. Otto Walter Kuckuck, Königsberg i. Pr.

Der „Weintraubenspeicher" in Königsberg i. Pr. 1913 aus zwei alten Speichern durch Hinzufügen des hohen Mitteltraktes zu einheitlichem Baukörper erwachsen

Zum Bauprogramm Ostpreußens.

Ostpr. Reise des Ostausschusses des Preußischen Landtages.

Es scheint, als ob die Wünsche Ostpreußens hinsichtlich gesonderter Berücksichtigung namentlich auf dem Gebiete der Bautätigkeit und der Kreditbereitstellung demnächst eingehender berücksichtigt werden. Der 23. Ostausschuß für die östlichen Gebiete des Preußischen Landtags veranstaltete Anfang September eine Orientierungsreise durch Ostpreußen, um sich an Ort und Stelle über alles zu informieren, was der Provinz not tue. Hierbei sind dem Ausschuß auch die Wünsche aller in betracht kommenden Berufsstände vorgetragen worden und nach einer Erwiderungsrede des Vorsitzenden des Ausschusses zu urteilen, dürfte endlich praktisch etwas in Angriff genommen werden, um Ostpreußen endlich wiederherzustellen, um es zu dem zu machen, was es früher war, zumal da es nicht Grenzprovinz sei, sondern abgetrenntes Gebiet. Man denkt daran, eine besondere Ostpreußenstelle beim Landtag zu schaffen, wo alle Fäden ostpreußischer Wirtschaft zusammenlaufen sollen; Ostpreußen soll nach den Ausführungen des Ostausschusses wirtschaftlich so selbständig wie nur möglich gemacht werden.

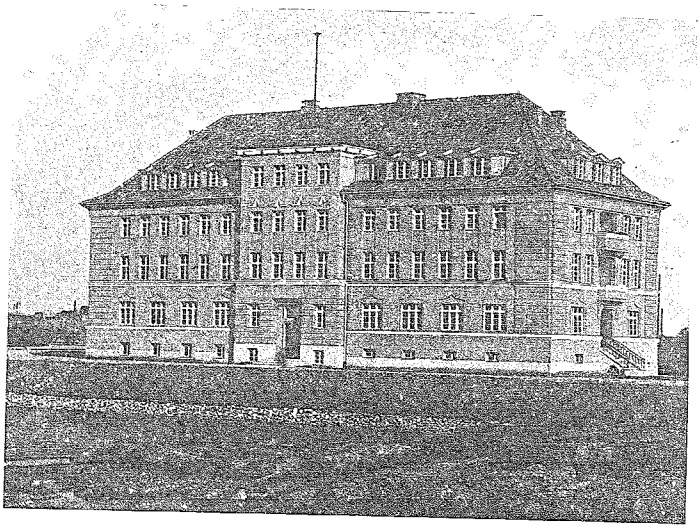
Demnach ist zu erwarten, daß in nächster Zeit verschiedene Entscheidungen getroffen werden, die auch für das Bauwesen Ostpreußens und den Handel mit Baustoffen nach Ostpreußen nicht ohne Bedeutung sein werden. Der Handel und die Industrie dürften sich daher jetzt schon mehr oder weniger hierauf einstellen können.

Voraussichtlich wird sich im nächsten Jahre ein Bedarf an Drainageröhren in Ostpreußen einstellen. Denn Oberpräsident Siehr, der die Mittel nannte, mit denen dem weiteren Verfall der ostpreußischen Wirtschaft entgegenzuwirken sei, — forderte vom Ostausschuß, sich dafür einzusetzen, daß unbedingt noch rund 600 000 Hektar drainagebedürftiger Ackerflächen planmäßig drainiert werden müßten, — wozu etwa 200 bis 240 Millionen RM. erforderlich seien. Bei ausreichendem Kredit und bei genügender Röhrenversorgung könnten jährlich 20 000 Hektar drainiert werden. Der Baugelderbedarf beträgt jährlich 6 bis 8 Millionen. Ferner seien durch Binnenentwässerung und Flußregulierungsgenossenschaften und Deichverbände in Ostpreußen noch etwa 200 000 Hektar meliorationsbedürftiger Grünlandgebiete zu erfassen, was insgesamt 100 000 Millionen oder jährlich 3—4 Millionen erfordere.

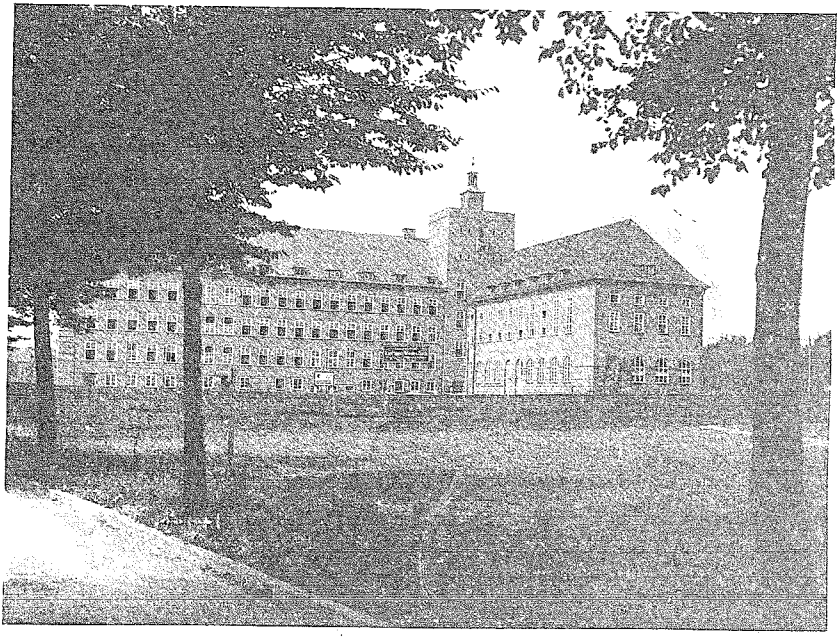
Auch die Fonds für Volksschulneubauten müssen sehr verstärkt werden, da in Ostpreußen, einem national so umkämpften Gebiete, alle Kulturfragen ganz besonders liebevoller Fürsorge bedürfen. Die Wohnungsnot ist hier, vor allem durch den Flüchtlingszustrom aus den Nachbargebieten, verhängnisvoll groß. So sind in Elbing, der zweitgrößten Stadt Ostpreußens, 58 Prozent, in Bischofswerder sogar 82 Prozent aller Wohnungen Einzimmerwohnungen. Die Baulust ist groß, doch fehlen die Mittel. Im Gumbinner Bezirk z. B. konnten nur ein Viertel der notwendigsten Hauszinssteueranträge berücksichtigt werden. Erhebliche Verstärkung der Hauszinssteuermittel tue bitter not. Es fehlt an Krankenhäusern und Mitteln zur Bekämpfung der Seuchen.

Auch eine Erhöhung der Provinzialdotationen ist dringend erwünscht. Die Chausseen und Wege der Provinz sind dadurch, daß Ostpreußen lange Zeit hindurch Kriegs- und Etappengebiet war, in Grund und Boden gefahren. Die Wiederherstellung und laufende Unterhaltung gehe weit über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kommunalverbände hinaus. Dazu kommt, daß das Straßen- und Eisenbahnnetz in der Vorkriegszeit schon stark hier in der Entwickelung zurückgeblieben sei. Auch die Siedelung in der menschenarmen Provinz ist stärker als bisher zu fördern.

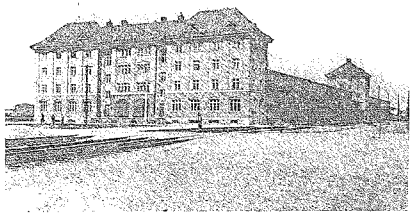
Nach Ausführungen des Landeshauptmanns der Provinz, Graf Brünneck, ist die Durchführung von Notstandsarbeiten ein besonders dringendes Bedürfnis, zumal da das Baugewerbe in Ostpreußen ganz auf Saisonbetrieb zugeschnitten sei. Erschütternd ist die Wohnungsnot besonders in den kleinen Städten. Sie ist größer als sonst irgend wo im Reich. Wenn die Lage auf dem flachen Lande sich etwas gebessert hat, so liegt dies daran, daß



Königsberg i. Pr. Zollverwaltungsgebäude am Freihafen Arch. Mag.-Baurat Schäff



Königsberg Pr., Burgschule. Staatl. Realgymnasium und Gymnasium Arch. Staatl. Hochbauamt, Süd, Königsberg Pr.



Bürohaus I und II mit Lagerhallen von der Südseite am Freihafen Königsberg Pr. Arch. Mag.-Baurat Schäff

seit 1921 etwa 9000 Landarbeiterwohnungen hergestellt sind, eine Leistung, in der Ostpreußen unerreicht dasteht. Besonders schlimm steht es auch hinsichtlich der Beschaffenheit und Größe der Wohnungen. Nur Oberschlesien steht noch etwas schlechter da. Trotz dieser traurigen Verhältnisse steht die Bautätigkeit in Ostpreußen immer noch hinter der Bautätigkeit des übrigen Reichs zurück, weil in Ostpreußen zu dem bekannten Geldmangel noch die besonders hohen Baukosten treten. Sie belaufen sich auf 180 Prozent des Friedensstandes, während sie anderswo nur etwa auf 162 % gestiegen sind. Zur Abhilfe sind erforderlich ein Frachtensondertarif, außerdem eine Erweiterung der Bestimmungen über produktive Erwerbslosenfürsorge und die Uebernahme von Staatsbürgschaften für zweitstellige Hypotheken.

Hinsichtlich der erforderlichen Bauarbeiten im Regierungsbezirk Königsberg führte Regierungspräsident von Bahrfeldt vor dem Ostausschuß u. a. aus: es ist notwendig, bessere Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen, die neben dem Ausbau des Hafens Labiau, in der Errichtung je einer Mole in Sarkau und vor allem in Pillkoppen zu erblicken sind. Auch für Flußregulierungen, Deichbauten, Auspolderungen, Entwässerungsgenossenschaften usw. sind sehr erhebliche Mittel notwendig. Für das Königsberger Staatsarchiv ist ein Neubau dringend notwendig, der etwa 500 000 RM. erfordert und für den die Stadt schon einen sehr wertvollen Bauplatz bereitgestellt hat. Der bereits 1912/13 beschlossene Bau der Eisenbahn Rosenberg — Heiligenbeil — Zinten — Pr. Eylau — Domnau ist in Angriff zu nehmen. Die Haff-Häfen sind auszubauen. Schulneubauten seien dringend notwendig, manche Schulen müßten schon baupolizeilich längst geschlossen sein. Auch Mittel für Sport- und Turnplätze, Schaffung von Heimatmuseen, Jugendheime, Erhaltung geschichtlicher Bauwerke usw. müßten bewilligt werden. Krankenhäuser fehlen, besonders Kreiskrankenhäuser. Das Königsberger Gericht und Gefängnis sind beschleunigt zu bauen.

Der Kurator der Universität Königsberg forderte den Neubau der drei Hauptkliniken, die Erweiterung des tierärztlichen Instituts und die Schaffung einer Infektionsabteilung an der Kinderklinik; der Direktor der Königsberger Kunstakademie den Bau einer Werklehrerbildungsanstalt (250 000 Mark), der Oberbürgermeister von Königsberg die Schaffung von Wohnungen, wesentliche Verbesserung der Verkehrswege, auch Wasserwege, den Ausbau des masurischen Kanals; die ostpreußischen Landkreise: Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes; die Handwerkskammer für Ostpreußen den Ausbau der Gewerbeförderungsanstalt Gumbinnen; der Deutsche Gewerkschaftsbund die Förderung des Wohnungsbaues für Landarbeiter; der Vorsitzende des ostpr. Provinziallandtages u. a. auch Geld für die Kleinbahnen und Straßen, ferner Siedelungs- und Meliorationskredite.

Der Vorsitzende des Ostausschusses nahm alle diese Forderungen entgegen und sagte weitestgehende Berücksichtigung derselben zu, so daß zu erwarten ist, daß neben den behördlichen Regierungsstellen, auch das gesetzgebende Parlament Preußens als Endentscheidungsinstanz wenigstens einen Teil der bisherigen Versprechungen der Behörden der Verwirklichung zuführen dürfte.

Dr. Lothar Winarski.

Insterburger Baudenkmäler.

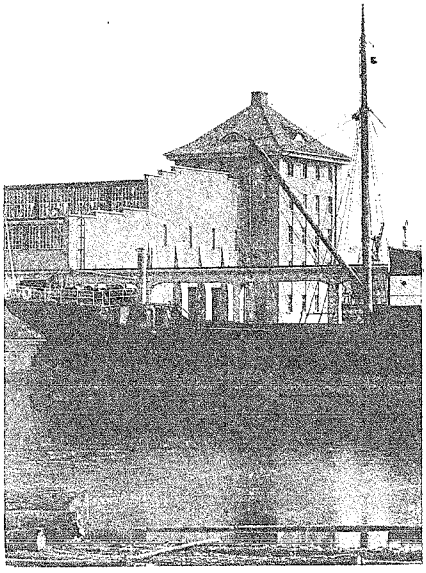
„Peinturm". In die Zeit des 13. Jahrhunderts fällt die Erbauung der Insterburg und die Kriegführung des Deutschen Ordens gegen die heidnischen Litauer füllt die ersten Blätter ihrer Geschichte.

Mit der Umwandlung des Ordenslandes Preußen im Jahre 1525 in ein weltliches Herzogtum hatte Insterburg als Burg seine wichtige Rolle ausgespielt.

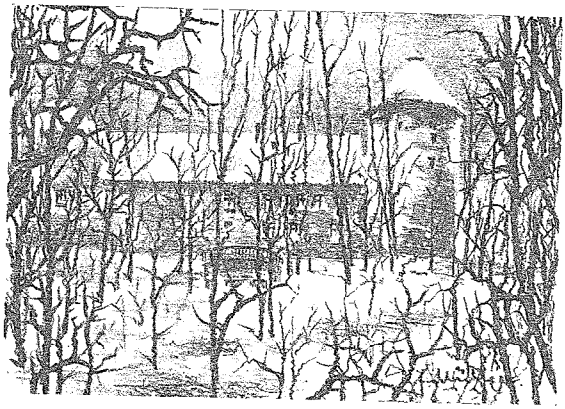
In das 19. Jahrhundert trat das Schloß Insterburg nur noch mit einem seiner vier Türme, ohne Mauern und ohne Zugbrücke. Dieser letzte jetzt noch stehende Turm heißt der Peinturm, weil sich in demselben die Gefängnisse befanden und die „peinliche Frage" gehandhabt wurde. Das letzte Marterinstrument, ein eiserner Käfig ist erst beim Umbau des Nordflügels des Schlosses im Jahre 1879, als altes Eisen verkauft worden.

Unverändert und dem nagenden Zahn der Zeit noch immer trotzend, ragt der alte Peinturm über der Häusergruppe des Insterburger Schlosses weithin sichtbar, in die Luft und erinnert das lebende Geschlecht an die welthistorischen Ereignisse, die sich unter seinen Mauern zugetragen haben. (Aus der Chronik der Stadt Insterburg.)

Lutherkirche. Ueber die Entstehungszeit dieser ältesten Insterburger Kirche ist nichts Sicheres bekannt. Sicher ist nur, daß Herzog Albrecht und der für die Reformation überaus tätige Bischof Georg Polentz für eine ordentliche kirchliche Einrichtung in Insterburg gesorgt haben. Als der erste protestantische Prediger — hier später Erzpriester genannt, — wird Johann Tortilowitz von Potocki genannt, der in Insterburg bis 1537 tätig war. Im Jahre 1610 ist eine Hauptreparatur in der Kirche vorgenommen worden. Vielleicht ist sie damals auch ganz neu gebaut worden, da nach urkundlichen Nachrichten viel Material verbraucht wurde. 1618 wurde die Kanzel gebaut. 1639 sind die Glocken auf den Turm geschafft. 1646 die Uhrscheiben angebracht. 1724 geriet das Innere der Kirche in Brand, sie wurde aber gerettet und bald ausgebessert. 1757 wurde ein neuer Turm aufgesetzt, der indes schon 1832 so schlecht geworden war, daß er nach der Nordseite einzustürzen drohte und teilweise abgetragen



Königsberg Pr. Bürohaus II am Freihafen Arch. Mag.-Baurat Schäff



Insterburg-Peinturm

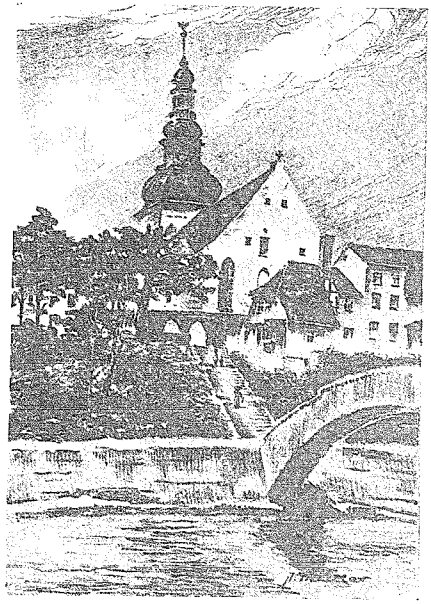
werden mußte. Nach dieser Zeit sind mehrfach Aenderungen der Turmform vorgenommen worden. Die jetzige Turmform besteht erst seit etwa 20 Jahren.

Georgenburg. In nächster Nähe der Stadt Insterburg, am Ufer der Inster gelegen. Das Schloß wurde um 1350 vom Deutsch-Ritter-Orden erbaut. Georgenburg beherbergt seit 1903 das bis dahin in Insterburg untergebrachte Landgestüt, die bedeutendste Hengstezucht der Provinz.

Verschiedenes.

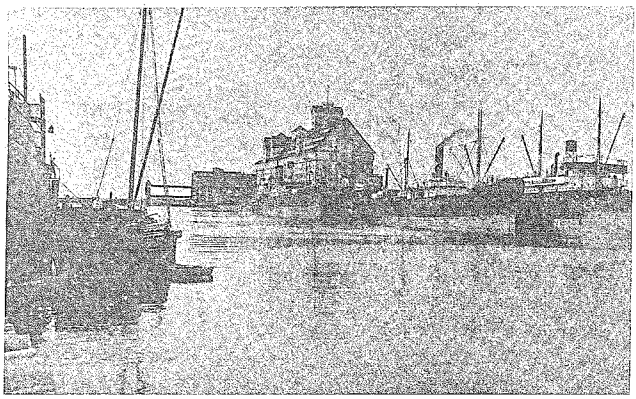
Das auf 200 Millionen RM. veranschlagte Bauprogramm der Vereinigten Stahlwerke A.-G. Die Bekanntgabe des Bauprogramms der Vereinigten Stahlwerke A.-G., dessen Durchführung in den nächsten fünf Jahren die Aufwendung von 200 Millionen RM. vorsieht, enthält verschiedene interessante Einzelheiten. Die Errichtung einer Zentralkokerei beim Hörder Verein mit 65 Oefen und die Errichtung eines neuen Hochofenwerkes mit fünf Oefen mit einer Tagesleistung von 750, bzw. 800 Tonnen und einer neuen Walzwerksanlage bei der Dortmunder Union ist bereits beendet worden. Beide Neuanlagen befinden sich bereits in Betrieb. In gleicher Weise schreitet auch der Bau einer neuen Kokereianlage in Langendreer rüstig vorwärts und wird bereits voraussichtlich Ende nächsten Monats in Betrieb genommen werden. Die weiteren Projekte erstrecken sich ebenfalls in erster Linie auf Kokereianlagen und auf den Ausbau der Stahlwerksbetriebe. Für Koksöfen sind rund 50 Millionen RM. also rund der vierte Teil der zu investierenden Summe bestimmt. Die bestehenden Kokereien sind bekanntlich zum großen Teil stark veraltet, so daß deren

Insterburg. Lutherkirche — gez. Arch. Müller, Insterburg



Insterburg. An der Lutherkirche — gez. Arch. Müller, Insterburg

Königsberg i. Pr.
Industriehafen
Gesamtbild



Magistrat
Hochbauamt
Königsberg i. Pr.

Ersatz durch moderne Anlagen unerläßlich geworden ist. Die neu entstehenden Zentralkokereien werden jedenfalls an Leistungsfähigkeit den alten Betrieben erheblich überlegen sein. Mit der Zusammenfassung der Koksgewinnung in Zentralanlagen erweist sich auch eine weitere Konzentration der Kohlenförderung als zweckmäßig, zumal man auf diesem Wege noch Betriebsverbilligungen zu erzielen hofft. Aus diesem Grund werden im Gebiet von Hamborn, ebenso wie in den alten Gelsenkirchen-Bergwerken eine Reihe von Schächten nur noch der Wetterzuführung oder der Seilfahrt dienen, während dafür benachbarte Schächte ausgebaut werden. Der größere Teil des künftigen Bauprogramms ist jedoch für die Stahlproduktion bestimmt. Auf der August-Thyssen-Hütte wird ein achter Hochofen gebaut und auch das Thomaswerk wird eine erhebliche Vergrößerung erfahren. Die Kosten dieser Neubauten sind auf etwa 30 Millionen RM. angesetzt. Sehr erhebliche Mittel sollen ferner für den Ausbau der Martin-Stahlproduktion, die schon in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat, Verwendung finden. Diesem Ausbauprogramm steht naturgemäß ein Stillegungsprogramm gegenüber, das sich jedoch auf eine Reihe von kleineren Werken beschränkt, deren Betrieb bei einem Rückgang der gegenwärtig noch guten Beschäftigung eingestellt werden wird. Davon werden in erster Linie einige kleinere Anlagen im Siegerland und die früheren Rombacher Werke betroffen werden.

Fortschritte der Normung im Bauwesen. Nach einer Mitteilung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit ist der Deutsche Normenausschuß gegenwärtig damit beschäftigt, die Landesnormen für Türen und Fenster im Kleinwohnungsbau durch eine einheitliche Reichshochbaunormung abzulösen. Ferner hat der Deutsche Verband für die Materialprüfung der Technik in Zusammenarbeit mit den Erzeugerfirmen und Verbrauchern, sowie mit den staatlichen Materialprüfanstalten die Bearbeitung der Normen für Dachpappe in Angriff genommen und bis jetzt die Lieferbedingungen und Prüfungsvorschriften für beiderseitig besandete Teerdachpappen und deren Teertränkmassen fertiggestellt. Die Arbeiten des Deutschen Verbandes zur Vereinheitlichung der Prüfverfahren für natürliche Gesteine sind gleichfalls zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden. Es ist dabei die Bestimmung verschiedener technischer und physikalischer Eigenschaften erreicht worden.

Nachtrag II zur Bauordnung der Stadt Breslau vom 20. Mai 1926. Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) und der §§ 143, 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195 ff) wird mit Zustimmung des Gemeindevorstehers für den Stadtkreis Breslau folgender Nachtrag II zur Bauordnung vom 20. Mai 1926 erlassen: § 1. § 20 der Bauordnung vom 20. Mai 1926 wird wie folgt geändert: a) Absatz 3 erhält nachstehenden Zusatz: Die Aufnahmefähigkeit der Schornsteine von Sammelheizungen ist nach der Redtenbacherschen Formel

$$F = \frac{G \cdot B}{924 \sqrt{H}}$$ zu ermitteln.

Hierin bedeuten:

F = Schornsteinquerschnitt in qm
G = Gewicht der Verbrennungsgase von 1 kg Brennstoff
B = stündliche Brennstoffmenge in kg
H = Höhe des Schornsteines in m.

Bei einzelnen Stockwerksheizungen kann ausnahmsweise von dieser Berechnung abgesehen werden, wenn die Heizfläche des Kessels 0,8 qm im obersten Geschosse und 1 qm in den darunter liegenden Geschossen nicht übersteigt. Derartige kleine Sammelheizungen dürfen auch an ein bereits sonst von nur einem Zimmerofen beanspruchtes Schornsteinrohr von mindestens 14/21 cm Querschnitt angeschlossen werden. Uebersteigt die Kesselheizfläche die vorstehend angegebenen Abmessungen, so gelten auch Stockwerksheizungen als größere Sammelheizungen. b) Absatz 10 wird aufgehoben und durch nachstehende Vorschrift ersetzt: Jedes unbesteigbare Schornsteinrohr ist mit einem durchweg gleichen Querschnitt von 14/21 cm im Lichten aufzuführen. c) Absatz II wird aufgehoben und durch nachstehende Vorschrift ersetzt: In ein unbesteigbares Schornsteinrohr von 14/21 cm lichtem Querschnitt dürfen höchstens drei Rauchrohre gewöhnlicher Zimmeröfen eingeführt werden. Ein Kochherd mit mehr als einer Feuerung wird zwei Zimmeröfen gleichgestellt. Ausnahmen kann die Baupolizei zulassen. Die Polizeiverordnung tritt mit ihrer Verkündigung im Breslauer Gemeindeblatte in Kraft. (P. Allg. F. 4/27/2.)

Leipzig gegen die Berliner ständige Bauausstellung. Bei einem Empfang der Spitzenverbände der Arbeitgeber des Baugewerbes anläßlich der im Rahmen der Deutschen Bauwoche in Leipzig abgehaltenen Tagungen kam Oberbürgermeister Dr. Rothe, Leipzig, in einer Begrüßungsansprache auch auf den Plan einer ständigen Bauausstellung und Baumesse in Berlin zu sprechen. Er betonte dabei, daß er volles Verständnis dafür habe, wenn in Berlin eine einmalige Bauausstellung veranstaltet werde, eine ständige Bauausstellung würde jedoch das bieten, was gerade der Zweck der Leipziger Baumesse sei. Nach seiner Auffassung erheische es das Interesse des Baugewerbes, unnötige Zersplitterungen zu vermeiden und nicht in Berlin mit großen Kosten etwas Neues zu schaffen, was in Leipzig schon in vorbildlicher Weise vorhanden sei.

Vorarbeiten für den Elster-Saale-Kanal. Das für den Bau des Elster-Saale-Kanals errichtete Staatliche Kanalbauamt in Leipzig ist kürzlich vom Sächsischen Finanzministerium mit der Anfertigung einer Planung und eines Kostenanschlages für den am Ende des Kanals in Leipzig anzulegenden Kanalhafen beauftragt worden. Während der Bau des Kanals vom Reich unternommen wird, ist die Errichtung des Hafens eine Landesangelegenheit. Voraussichtlich wird hierfür eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung des sächsischen Staates, der Stadtgemeinde Leipzig und des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Leipzig gebildet

werden. Ob es noch im laufenden Jahre zum Baubeginn am Elster-Saale-Kanal kommen wird, hängt allerdings von der Stellungnahme des Haushaltsausschusses des Reichstages ab, auf dessen Entschließung das Reichsverkehrsministerium alsbald nach Fertigstellung der Enteignungspläne und der Unterlagen die öffentliche Ausschreibung der Bauarbeiten herbeiführen wird.

Eine riesige Talsperre. Die größte Talsperre der Tschechoslowakei wird im Flußlauf der Thaya in Mähren errichtet. Der Staudamm soll eine Höhe von 42 m über dem Tal besitzen, eine Länge von 290 m in der Krone und 136 m in den Grundfesten, die Breite beträgt an der Krone 5 m, an der Sohle 40 m. In dem so gewonnenen Fassungsraum, der in einer Länge von 33 km bis nach Freistein hinaufreicht, kann man 160 Millionen Kubikmeter Wasser auffangen, das ist mehr als ein Drittel des jährlichen Gesamtabflusses. Durch das angesammelte Wasser wird die ganze Gemeinde Vitov an der Mündung der Zeletavka unter Wasser geraten, so daß es nötig ist, die ganze Gemeinde zu verlegen.

Neue polnische Hafen- und Schiffahrtspläne. Für den weiteren Ausbau des Hafens von Gdingen sind jetzt vom polnischen Ministerrat fast vier Millionen Zloty bewilligt worden. Man will den im vorigen Jahre gebauten Wellenbrecher über die Spitze der Südmole hinaus verlängern und an dem dadurch geschützten Ende der Südmole einen besonderen Kohlenhafen anlegen. Der Kohlenumschlag ist nun bereits auf fast 100 000 Tonnen monatlich gestiegen und wird infolge des Vertrages mit dem Kohlenkonzern „Robur" noch bedeutend vergrößert. Die staatliche Schiffahrtsgesellschaft beabsichtigt den baldigen Ankauf weiterer Schiffe. Zunächst soll ein Schiff von etwa 1000 Tonnen Tragfähigkeit für eine regelmäßige Linie von Gdingen nach Antwerpen gekauft werden. Ferner will man einen größeren Passagier- und Frachtdampfer kaufen, um damit eine Linie von Gdingen nach Hull zu betreiben und den hier von Danzig stattfindenden Auswandererverkehr nach Gdingen ablenken. Auch die Eröffnung einer Linie Gdingen—Schweden ist geplant. Die bisher vorhandenen großen Frachtschiffe eignen sich für diese Linien nicht und können nur in der freien Trampfahrt verwendet werden.

Russische Aufträge für die deutsche Bauindustrie. Die russisch-deutsche Baugesellschaft „Rußgerstorg" errichtet in Leningrad eine Filiale. Die Gesellschaft beabsichtigt, in der nächsten Bausaison einen Komplex Wohngebäude zu bauen. Aus Bremen wird demnächst ein Transport pneumatischer Baumaschinen zwecks Installation von Zentralheizungsanlagen in Petersburg eintreffen. Deutsche Ingenieure und 70 Meister sind in Petersburg angekommen.

Die Bautätigkeit im Juni 1927. Wie im Juni 1926 ist auch im Juni des laufenden Jahres die Zahl der Bauvollendungen gegenüber dem Mai erheblich gestiegen; es wurden in den Städten mit über 50 000 Einwohnern 1885 Wohngebäude gegen 1811 im Vormonat, 7528 Wohnungen gegen 6405 und 417 sonstige Gebäude gegen 366 fertiggestellt. Die Bewegungen, die die Monatszahlen der erstellten Wohnungen aufweisen, sind damit bisher ebenso wie im Vorjahr verlaufen. Im Januar und Februar ein Rückgang, im März der erste Höhepunkt (1927 mit 7672, 1926 mit 5275 Wohnungen), im April und Mai wieder eine Abnahme, im Juni ein neues Ansteigen (auf 7528 bzw. 6589 Wohnungen). Während jedoch im Vorjahr die Junizahlen bedeutend höher waren als das Märzergebnis — bei dem es sich um im vorhergegangenen Jahr begonnene Bauten handelt — blieb in diesem Jahr das Juniergebnis hinter dem des März zurück und die Steigerung von 1927 gegenüber 1926 hat sich von 45 v. H. im März auf 14 v. H. im Juni vermindert.

Die Zahl der fertiggestellten, nicht Wohnzwecken dienenden Gebäude erreichte auch im Juni nicht das Ergebnis des gleichen Monats 1926. Der Rückgang betrug 79 Gebäude (16 v. H).

Die Angaben über die im Juni erteilten Bauerlaubnisse gewähren günstige Aussichten für die zukünftige Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit, selbst wenn man annimmt, daß ein erheblicher Teil der geplanten Bauten nicht zur Ausführung kommt. Es sind in den Groß- und Mittelstädten zusammen 3350 Wohngebäude und 12 808 Wohnungen zum Bau genehmigt worden gegen 3234 bzw. 9044 im Mai und gegen 2313 bzw. 6006 im Juni 1926. Das Ergebnis des entsprechenden Monats im Vorjahr wurde also bei den Wohngebäuden um 44,8 v. H., bei den Wohnungen um 113,3 v. H. übertroffen.

Die Zahl der Bauerlaubnisse für sonstige Gebäude ist nach dem Anstieg im Vormonat wieder zurückgegangen, und zwar von 1120 Gebäuden auf 1015. Das Ergebnis des entsprechenden Monats im Vorjahr wurde jedoch immer noch übertroffen.

Bautätigkeit und Bauerlaubnisse im Juni 1927.

Stadt	Bauvollendungen				Bauerlaubnisse			
	Reinzugang*) an				für Gebäude			zum Bau genehmigte**) Wohnungen
	öffentlichen Gebäuden	Gebäuden f. wirtschaftl. u. gewerbl. Zwecke	Wohngebäuden	Wohnungen	öffentliche	für wirtsch. u. gew. Zwecke	Wohngebäude	
I. 45 Großstädte (über 100 000 Einwohner).								
Aachen	—	1	8	9	—	7	17	60
Altona	—	4	3	6	2	3	18	118
Augsburg	1	4	10	24	—	2	43	268
Barmen	—	1	8	42	—	8	36	160
Berlin	14	55	645	2302	16	96	429	2187
Bochum	—	1	16	95	—	7	40	213
Braunschweig	—	—	26	93	—	3	15	62
Bremen	—	—	9	24	—	3	120	220
Breslau	1	5	41	389	—	31	47	277
Chemnitz	—	14	—	1	—	20	44	297
Dortmund	1	3	5	14	—	1	75	399
Dresden	—	6	120	449	—	—	146	974
Duisburg	—	15	13	62	—	17	59	320
Düsseldorf	—	4	11	31	—	51	101	-
Elberfeld	—	4	12	39	—	3	25	.
Erfurt	—	2	10	29	—	—	29	71
Essen	—	2	24	139	.	.	.	.
Frankfurt a. M.	2	17	34	136	26	160	47	264
Gelsenkirchen	—	14	22	82	—	3	37	174
Halle a. S.	2	3	26	100	1	7	47	70
Hamborn a. Rh.	—	—	4	11	—	4	8	38
Hamburg	2	14	71	572	1	69	76	604
Hannover	—	1	18	104	.	22	32	.
Karlsruhe	1	4	55	205	2	12	28	113
Kassel	—	6	35	111	2	8	105	318
Kiel	—	12	24	32	—	10	15	55
Köln a. Rh.	—	13	26	129	1	60	89	331
Königsberg i. Pr.	—	12	3	7	1	10	59	290
Krefeld	—	10	8	15	—	10	3	8
Leipzig	1	17	38	169	1	55	84	362
Ludwigshafen a. Rh.	1	7	20	95	—	7	8	24
Lübeck	—	3	29	50	—	—	27	47
Magdeburg	—	—	17	85	—	10	48	403
Mainz	—	—	2	4	—	—	—	—
Mannheim	1	9	37	87	—	13	62	.
Mülheim a. Ruhr	—	2	10	41	—	4	57	139
München	2	6	17	166	—	3	62	417
München-Gladbach	—	—	5	15	—	—	31	65
Münster i. W.	1	7	18	36	—	3	34	108
Nürnberg	1	12	20	83	1	20	29	.
Oberhausen (Rhld.)	—	2	16	62	3	6	12	43
Plauen i. V.	—	—	12	65	—	—	16	42
Stettin	—	3	10	55	—	—	19	73
Stuttgart	1	2	46	168	—	—	58	136
Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	16	101
Zusammen Juni 1927	32	289	1 576	6 431	37	757	2 353	1) 9 795
„ Mai 1927	15	293	1 459	5 262	2) 54	2) 871	3) 2 435	1) 8 713
„ April 1927	19	261	1 463	6 562	35	728	2 122	1) 6 576
II. 47 Mittelstädte (50 000 bis 100 000 Einwohner).[3])								
Zusammen Juni 1927	4	92	309	1 047	11	190	997	3 043
„ Mai 1927	4	54	372	1 143	16	179	799	3 910
„ April 1927	1	83	195	770	5	175	573	2 371

*) Mit darauffolgender Zahl = Abgang überwiegend. — **) Unter Berücksichtigung der durch Umbau fortfallenden Wohnungen. — 1) Für 39 berichtende Großstädte. — 2) Berichtigte Zahlen. — 3) Ohne Freiburg i. Br.

Verbands-, Vereins- usw. Angelegenheiten.

Zur Tagung des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften in Königsberg. In den letzten Tagen fand in Königsberg in Preußen die 38. Tagung des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften statt, die verschiedene bemerkenswerte Referate brachte. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Verband im Berichtsjahr auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken kann. Die Haupttätigkeit des Verbandes war im abgelaufenen Geschäftsjahr wesentlich durch die Regelung der Fragen bestimmt, die sich aus dem Aenderungsgesetz für die Berufsgenossenschaften ergaben. Insbesondere betraf die Durchführung des Aenderungsgesetzes den Ausbau der Fachleistungen und des berufsgenossenschaftlichen Heilverfahrens. Die Entschädigungszahlen (einschl. der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit), beliefen sich im Jahre 1926 auf rund 180 Millionen RM. gegenüber 122 Millionen RM. im Jahre 1925 und 74 Millionen RM. im Jahre 1924. Die Zahl der Versicherten betrug im Jahre 1926: 9,8 Millionen, im Jahre 1925: 10,9 Millionen und im Jahre 1924: 9,8 Millionen. Die Lohnsummen beliefen sich in gleicher Weise auf 15,7, 16,8 bzw. 11,9 Milliarden RM. Daraus ergibt sich die ungünstige Entwicklung insbesondere für das Jahr 1925/26, denn einem Rückgang der Zahl der Versicherten von rund 10 Prozent und einem Rückgang der Lohnsummen von rund 6,5 Prozent steht eine Steigerung der Entschädigung von rund 55 Prozent gegenüber. Die Höhe der Beiträge hängt in erster Linie von den Forderungen der Gesetzgebung ab. Eine Frage von ganz besonderer Bedeutung ist für die Berufsgenossenschaften ferner durch die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums zu den Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz über Be-

triebsunfälle und Berufskrankheiten angeschnitten worden. Die vom Verband aufgestellten Normal-Unfallverhütungsvorschriften wurden erweitert, indem auch Krankheitsverhütungsvorschriften aufgestellt wurden. Die Vorschriften, die sich bisher nur auf Gefahren bezogen, die allen Berufsgenossenschaften oder einzelnen Gruppen von ihnen gemeinsam sind, sollen künftig auch auf solche Gefahren erweitert werden, die nur für einzelne Berufsgenossenschaften Bedeutung haben.

Persönliches.

Breslau. Die Stadtbaumeister von Carlowitz, Matthes und Otte, sind zu Magistratsbauräten ernannt worden.

Todesfall.

Neu-Oderberg O.-S. Am 15. September d. J. verstarb Herr Baumeister Josef Jusek, Inhaber der Firma Josef Jusek in Annaberg.

Bauindex.

1913 = 100

27. 7. 27 = 174,9
10. 8. 27 = 174,1
24. 8. 27 = 174,6
14. 9. 27 = 176,0

Bücherschau.

Alle Fachbücher, auch die hier angezeigten, sind durch unseren Verlag zu beziehen

I. I. P. Oud: Holländische Architektur. Mit 39 Abbildungen (10. Band der Bauhausbücher). Verlag von Albert Langen in München. Preis 6 RM., geb. 9 RM.

Es handelt sich hier nicht bloß um ein an sich ziemlich belangloses Buch, sondern um eine dringend nötige grundsätzliche Klarstellung. Holländisch bauen ist die große Mode. Nach Holland wallfahrten daher unsere Architekten, wie weiland nach Italien. Sie können auch dort gewiß gar mancherlei lernen, umgleich mehr, als das vorliegende Heft vermuten läßt, das den Entwicklungsgang der beiden, aus der Berlageschen Schule hervorgegangenen neuen Richtungen — der romantischen Amsterdamer und der rationalistisch kubistischen Rotterdamer — behandelt und mit einer Auswahl von Schaubildern belegt. Denn was Oud, der Rotterdamer Stadtbaurat, dazu — natürlich zu Gunsten der letzteren Richtung — sagt, sind zumeist weitschweifige theoretische Erörterungen über künstlerische Ziele, über den Einfluß Wrights und den für Europa nach seiner Ansicht noch weit stärkeren und wichtigeren des Kubismus, aufgeputzt mit den üblichen Schlagworten und Ueberheblichkeiten. Oud schwärmt für die Revolution, die zerstört, um auf Trümmern aufzubauen, als Grundlage für eine neue internationale zeitgemäße Kunst, obwohl er zugestehen muß, daß auch sie im Grunde den kausalen Zusammenhange nicht entgehen und von dem Vorausgegangenen im besten Falle nur äußerlich loskommen kann. Er behauptet, in dem durch die Kunstrevolution geschaffenen Uebergangsstadium seien der Begriff des Konstruktiven und der Wert der Verhältnisse wiedergewonnen und auf ein anderes Niveau gebracht, die wesentliche Bedeutung der Linie und der fast drückende (!) Ernst der Form aufs neue erkannt und bis auf den Kern erforscht, die Einsicht der Wichtigkeit der Masse und ihres Komplements des Raumes, wieder erobert und vertieft worden. Und er verweist auf eine verheißungsvolle Zukunft der — wie er selbst sagt, — jetzt noch in ihrer Kindheit steckenden, in allem unausgeglichenem, neuen Baukunst. Aber er sagt auch: „Das Lebensgefühl einer Zeit ist Richtlinie für ihre Kunst" und bekennt, daß der heutige „Drang nach Abstraktion noch negativ ist, d. h., mehr Folge einer Lebenszerfließung, als von Lebensentfaltung". Soll das die Gewähr sein für die verheißene Zukunft? Auch die beigegebenen Bilder lassen zum mindesten bezweifeln, ob und wann die beiden Richtungen sich zu einem einheitlichen lebensfähigen Stile zusammenfinden werden und ob dabei das in beiden enthaltene Wertvolle und holländisch Eigenartige zur Geltung kommen wird, oder ob sie an Unklarheit der Begriffe und praktischen Unstimmigkeiten scheitern werden wie der Jugendstil, an den ihre jetzigen Erzeugnisse lebhaft erinnern. Unter den Bildern sind die eigenen Leistungen Ouds in kaum mißzuverstehender Weise vorangestellt und ans Ende der Reihe ein Bauhaus, Gebilde (das Jenaer Theater von Gropius u. Meyer) und ein Wolkenkratzerentwurf von Lönberg u. Hohn, bei dem Tatlin, der führende Architekt des Sowjets, Pate gestanden zu haben scheint, beide doch sicher nicht als Höchstleistungen, sondern vielleicht als Beweis für die Internationalität der künstlerischen Impotenz! Von den besonderen Eigenschaften der neuen holländischen Bauweise aber ist aus den Bildern nur sehr wenig zu erkennen. Man sieht wohl die besondere Vorliebe für das unorganische Auflösen der Eckpfeiler in Glasecken, die den Raum auflösen, statt ihn zu schließen und für die flachen, durch das Innere der Gebäude abgewässerten Dächer, die noch dazu vielfach durch Pfannenziegelbehang auf den senkrechten Wandflächen maskiert sind. Aber man bekommt kaum einen Begriff von dem für uns Vorbildlichen und der künstlerisch vornehmen Baugesinnung und der tüchtigen handwerklichen Schulung, die dort auch aus vielen neuen Bauten ganz überzeugend sprechen, der virtuosen Handhabung des Ziegelrohbaues und der erstaunlich mannigfaltigen und reizvollen Art seiner Flächenbelebung, der verständnisvoll schonenden Anpassung auch verwegendster Neubauten an die köstlichen alten Stadtbilder usw. Und ebensowenig sind daraus die vielerlei Unstimmigkeiten zu erkennen, z. B. die Schwächen der Grundriß- und Raumgestaltung, die hühnerleiterartigen Treppen und die winzigen, kabinenartigen Räume, die für unsere Lebensgewohnheiten unmöglich sind, und vor allem auch nicht die vollkommene Abhängigkeit der geschlossenen Flächenwirkung und der einheitlichen Betonung der Wagrechten am Aeußeren der Gebäude wie der Verwendung der holländischen Schiebefenster, die bei uns niemals allgemein einzuführen sein werden. So werden unsere Architekten, wenn sie selbst sehenden Auges die Werke der neuen holländischen Architektur betrachten, ein wesentlich andres Gesamtbild und erheblich andere Anregungen gewinnen, als aus der Darstellung Ouds. Sie werden erkennen, daß die neuen holländischen Siedlungen zum Teil durch den Gleichklang straff durchgeführter Baueinheiten und die sichere Handschrift der Baukünstler überraschen, daß aber weit mehr von ihnen zum Erbarmen langweilig und düster sind, in liebloser Gleichförmigkeit: weiter nichts als glattgewalzte Mietkasernen oder, wie das „Betondorf" bei Amsterdam, den Pueblodörfern in Arizona ähnlich. Je deutlicher es aber erkennbar wird, daß die „internationale Kunst" allerorts gerade derartigen Gebilden mit besonderer Vorliebe zustrebt, um die Massen, die darin wohnen müssen, für die „neue Wirtschafts- und Gesellschaftsepoche" der Internationale reifzumachen, desto unabweisbarer wird für uns alle die Pflicht, unser Hausrecht und unsere Eigenart zu wahren, also nicht, wie bisher, alle fremden Experimente gutgläubig mitzumachen und als höhere Offenbarungen anzustaunen, sondern sie erst auf das Gewissenhafteste allseitig zu prüfen und nur das für unsere Verhältnisse und Bedürfnisse wie für unsere Landschaft wirklich Brauchbare daraus zu entnehmen. C. Zetzsche.

Schriftleitung: Architekt B.D.A. Kurt Langer u. Dr.-Ing. Langenbeck beide in Breslau und Baurat Hans Bluthgen in Leipzig.
Verlag: Paul Steinke in Breslau u. Leipzig.

Inhalt.

Das Tannenberg-Nationaldenkmal, dazu Abbildung. — Zum Bauprogramm Ostpreußens. Sieben Abbildungen. — Insterburger Baudenkmäler, dazu 4 Abbildungen. — Verschiedenes.